

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 495

Mittwoch, 12. Oktober 2011

18. Jahrgang

Immer mehr und immer grösser – Teil 2: Die Hauptstadt

Im letzten ¡Fijáte! veröffentlichten wir einen Hintergrund über die demographischen Veränderung in Guatemala, der vor allem das Bevölkerungswachstum und die damit einhergehenden Dynamiken aufzeigte. Der folgende Text beruht auf zwei Artikeln, die Nora Martínez in der Revista des Diario de Centroamerica veröffentlicht hat und beschäftigt sich mit dem Wachstum der Hauptstadt von Guatemala – wobei dieses Wachstum alles umfasst ausser der Fläche der Metropole.

Das beschleunigte Wachstum der Hauptstadt Guatemalas begann 1944 und verstärkte sich ab 1954, als die industriellen, kommerziellen und finanziellen Aktivitäten zunahmen. 1954 lebten 46% der urbanen Bevölkerung in der Hauptstadt. Das urbane Chaos erreichte seinen Höhepunkt 1976, als nach dem Erdbeben Tausende von Familien in die Hauptstadt migrierten, um sich dort eine neue Existenz aufzubauen. Seit 1985 beschränkt sich die kommunale Regierung auf den Unterhalt der bestehenden Infrastruktur. Seither ist die Stadt selber nicht mehr gross gewachsen, jedoch die angrenzenden Gemeinden.

Die wirtschaftliche Struktur

Die Abwanderung der Bevölkerung in die Peripherie hängt mit der Verknappung und Verteuerung des Bodens zusammen. Gleichzeitig findet aber auch eine Zuwanderung der ländlichen Bevölkerung in die Stadt statt. Gemäss dem Architekten Alfonso Yurrita konzentriert sich die Wirtschaftstätigkeit Guatemalas in der Hauptstadt, wo etwa 60% bis 80% des BIP erwirtschaftet wird. Anfangs des 20. Jahrhunderts begann die Metropole mit dem aufkommenden Kaffeexport als wichtigem Bestandteil des Wirtschaftsmodells und den ersten ausländischen Investitionen zu expandieren. Es bildete sich ein Wirtschaftssektor heraus, der sich sehr schnell mit der europäisch-stämmigen Elite verbündete, welche die politische Macht innehatte. Bis Mitte des 20. Jahrhunderts verlief das Wachstum mehr oder weniger kontrolliert und langsam, auch die Erdbeben von 1917 und 1918 führten zu keinen grösseren sozialen Veränderungen in der Hauptstadt. Der Auf- und Ausbau der Gemeinde Guatemala Stadt wurde mit dem Bau der grossen Ausfallstrassen Aguilar Batres, Petapa und Roosevelt fertiggestellt. Die letzten grösseren Urbanisierungsprojekte wurden zwischen 1960 und 1965 durchgeführt. Nach dem Erdbeben von 1976 besetzten rund 80'000 Personen die Parks und Grünflächen der Stadt, Menschen, die alles verloren hatten und die begannen, sich am Rande der herkömmlichen Wirtschaft eine neue Existenz aufzubauen: die informelle Ökonomie begann sich zu entwickeln. Gleichzeitig begann die Elite mit der Landspekulation im Süden der Stadt, und der Zusammenfall des Zentrums begann. "Heute ist die 6. Avenida ein wirtschaftliches Blendwerk, hinter ihren aufgemotzten Kulissen sieht es ganz anders aus: die leerstehende oder besetzten Gebäude sind ein Zeichen dafür, dass die sozioökonomischen Probleme der Stadt überhaupt nicht gelöst sind", so Yurrita. Rund 800'000 Personen leben in der Hauptstadt unter prekären Verhältnissen, sind im informellen Sektor tätig oder versuchen sich sonstwie über Wasser zu halten. Dazu kommt heute der durch die Wirtschaftskrise bedingte drastische Rückgang der Remissen, von denen die finanzielle Situation von rund 50% der HauptstädterInnen abhängt. "Wenn die Remissen ausfallen können wir jegliche Entwicklung vergessen, denn sie sind der wichtigste Pfeiler unserer Wirtschaft", erklärt Yurrita und weiter: "In 20 Jahren wird die Situation noch komplexer sein, denn man spricht immer nur von Wachstum statt von Entwicklung und davon, wie man die Bevölkerung der Hauptstadt in ein urbanes Modell integriert, das ihr ein akzeptables Leben ermöglicht. Solange man die soziokulturellen Aspekte nicht in die Stadtplanung einbezieht, wird auch das Projekt der Wiederbelebung des Zentrums scheitern, welches die Leute wieder näher zu ihren Arbeitsplätzen zurückführen will."

Für Yurrita besteht die ökonomische Struktur aus drei Ebenen. Auf der ersten siedelt er Personen an, die quasi von den Nebeneffekten einer urbanen Ökonomie leben. Dieser Sektor umfasst rund eine Million Leute. Auf der zweiten Ebene finden sich die BesitzerInnen von *tiendas*, von kleinen Werkstätten oder Personen, die im informellen Bereich arbeiten. Die dritte Ebene ist von der Oberschicht besetzt, die in den Zonen 10, 14 und 15 lebt und arbeitet. Sie kommt gar nicht mehr erst ins Zentrum, sondern hat in diesen Zonen ihre Universitäten, Einkaufszentren, Banken und Schulen errichtet.

Das Wasser wird knapp

Die Wasserknappheit ist eines der grössten Probleme der Hauptstadt und sehr konfliktgeladen. Es braucht eine gute Organisation und solidarisches Verhalten unter den urbanen Gemeinden. Solange die aktuelle egoistische Tendenz im Wassermanagement weitergehe, führe dies innerhalb weniger Jahre zu einer erzwungenen Migration einzelner Bevölkerungsteilen aus der Hauptstadt, prognostiziert der Hydrologe und Geophysiker Víctor Toledo. Um eine Bevölkerung von vier Millionen Personen auf einer Fläche von 450 km² zu versorgen, brauche es gemäss Berechnungen des *Plan Cuilco Motagua* 13 m³ Wasser pro Sekunde. Gemäss Toledo reichten heute die Wasservorkommen noch, um die Bedürfnisse der HauptstädterInnen zu decken. Die Hälfte davon ist Grundwasser, und das zukünftige Problem besteht darin, dass diese Grundwasserbecken nicht mehr natürlich aufgefüllt und längerfristig geleert werden, da durch die Urbanisierung alles zubetoniert wurde. Andere Versorgungsquellen wiederum sind durch Verschmutzung bedroht. Um das Wasserproblem der Zukunft zu lösen, braucht es gemäss Toledo Megaprojekte wie die Zufuhr aus weit abgelegenen Flüssen, zum Beispiel vom Oberlauf des Motagua-Flusses. Oder aber man baut in der Umgebung der Hauptstadt Anlagen zur Wiederverwertung des Regenwassers. Für die Peripherie gibt es Pläne für den Bau von acht Staubecken, da diese aber in bewohnten ländlichen Regionen zu liegen kämen, sind Konflikte mit der dort ansässigen Bevölkerung vorprogrammiert. Toledo setzt deshalb auf Einschränkung und Verzicht: "Bisher gibt es keinerlei Projekte oder Kampagnen, die auf das Wassersparen setzen, auch wird in der Hauptstadt kein einziger Liter Regenwasser gesammelt. Auf einem Hausdach von 10 x 10 Meter Fläche könnten in der Regenzeit 10'000 m³ Wasser aufgefangen werden, was rund 30% des Wasserbedarfs eines Haushalts ausmacht."

Gefangen im Verkehrschaos

Das Wachstum von Gemeinden wie Mixco, Villaneuva oder Santa Catarina Pinula in der unmittelbaren Umgebung der Hauptstadt ist viel grösser als von dieser selber. Seit 1999 hat sich das Verkehrsaufkommen auf den verschiedenen Ausfallstrassen verdoppelt bis verdreifacht. Dieses Jahr sind im Hauptstadtdistrikt 1'032'155 Autos registriert. Gemäss der Architektin Amanda Morán hat die Anzahl Autos schneller zugenommen als die Anzahl Menschen, und auch der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur hinkt hinterher. Für die Leute, die von der Peripherie ins Zentrum zur Arbeit pendeln, ist das Auto nicht bloss ein Transportmittel, sondern auch ein Sicherheitselement angesichts der hohen Kriminalitätsrate in der Hauptstadt. Die vor einigen Jahren gebaute Transmetro (Busse mit eigenen Fahrspuren) ist gemäss Morán relativ effizient, aber sie zirkuliert nur im Zentrum und verlagert das Verkehrschaos einfach in die Randzonen. Es wurden nämlich für den Bau der Transmetro keine neuen Fahrspuren gebaut, sondern einfach vorhandene für den Privatverkehr gesperrt. Dies hat zur Folge, dass sich dieselbe Anzahl Autos entweder auf weniger Strassen konzentriert oder auf Umfahrungen zum Beispiel durch Wohngegenden verlagert. "Das Mobilitätsproblem darf nicht auf den öffentlichen Verkehr reduziert werden, sondern es müssen auch Lösungen für den Privatverkehr gefunden werden. Das grösste Problem sind die Staus, und dafür muss eine integrale Lösung gefunden werden", so die Architektin Morán. Es sei auch eine Frage der politischen Prioritätensetzung – interessanterweise haben die oben genannten Zonen 10, 14 und 15 eine viel besser ausgebaute Verkehrsinfrastruktur als andere. Da werden neue Strassen und Unter- oder Überführungen gebaut, während in anderen Zonen rein gar nichts in den Strassenbau investiert wird.

Segregation und Ausschluss

Der fehlende Zugang zum Service public ist eine soziale Komponente, die die urbane Kriminalität beeinflusst. Laut Marco Antonio Canteo vom *Institut für vergleichende Strafrechtswissenschaften* sind die Aussichten für die nächsten 20 Jahre nicht sehr rosig, wenn die aktuelle Kriminalitätsrate nicht gesenkt werden kann. Solange die strukturellen Probleme des Landes nicht angegangen würden, nähme auch der Grad der Straffreiheit zu, so Canteo. "Die meisten politischen Vorschläge zur Kriminalitätsbekämpfung sind populistisch und nehmen die Einschränkungen von Freiheiten bis hin zur Beschränkung von Menschenrechten in Kauf." Im Moment sei die allgemeine Antwort auf die Unsicherheit der Einsatz von PrivatpolizistInnen und die Einschränkung der Bewegungsfreiheit durch die – oft ohne Erlaubnis der Behörden geschaffenen – geschlossenen Wohnanlagen, die ihre eigenen Gesetze haben und wo VertreterInnen des Staates nichts mehr zu suchen haben. Aktuell kämen auf jeden und jede AgentIn der Nationalen Zivilpolizei (PNC) sechs PrivatpolizistInnen. Die Sicherheit sei zu einem Geschäft geworden, konstatiert Canteo, was wiederum zu einer Schwächung der Institutionen und zu mehr Gewalt führe. Diese *gated communities* hätten aber wiederum negative Auswirkungen auf die mentale Gesundheit ihrer BewohnerInnen, weil sie sich unter anderem nicht als Teil der Stadt fühlten, meint Morán. Man

nennt das Selbstsegregation, ein selber gewählter Ausschluss: Drinnen fühlten sie sich sicher, draussen fühlen sie sich ausgeschlossen – und sind es auch.

Guatemala Stadt braucht eine Politik der demographischen Entwicklung, insistiert Canteo, um wie jede andere moderne Stadt koordinierte Sicherheitsmassnahmen einzuführen (was immer das heisst, die Red.). Ansonsten könnten auch keine anderen Massnahmen der öffentlichen Politik eingeführt werden. Heute werde die Präsenz von Polizei nicht aufgrund einer strategischen Überlegung oder aufgrund der Bedürfnisse einer wachsenden Gesellschaft erhöht, sondern aufgrund der täglichen Notwendigkeit in Sachen Kriminalität und Gewalt. Die Sicherheit in einer Metropole müsse auf der Basis von Hilfsleistungen und nicht auf Kontrolle gründen, sagt Canteo. Aber Sicherheit allein sei noch nicht alles: Es müssten zuerst Massnahmen ergriffen werden, die den Ausschluss ganzer Gesellschaftsgruppen verhindern und soziale Gerechtigkeit garantieren.

Freundschaftliche Verpflichtungen: Guatemala, Israel – und Palästina?

Guatemala, 29. Sept. Am Mittwoch, 28. September, hatte Alvaro Colom seinen letzten Auftritt als Präsident von Guatemala vor der UNO-Generalversammlung in New York. Er nutzte die Gelegenheit, um die aus seiner Sicht erfolgreichen Projekte seiner Regierung hervorzuheben. Dazu gehören die Sozialprogramme, mit denen 940'000 Personen begünstigt worden seien, die Überwindung der Energiekrise 2008 und der Finanzkrise 2009, der Respekt der Autonomie der Gemeinden und anderer staatlichen Strukturen. Speziell erwähnte er Massnahmen gegen die Drogenmafia und das organisierte Verbrechen, dank derer rund 12 Mio. US-\$ beschlagnahmt werden konnten, sowie die Verhaftung und Verurteilung von diversen Verantwortlichen für die während dem internen Konflikt verübten Menschenrechtsverletzungen.

In Bezug auf die internationale Drogenpolitik erinnerte Colom daran, dass es nicht nur darum gehen könne, die Produktion und den Handel von Drogen in Zentralamerika, Mexiko und Kolumbien zu bekämpfen, sondern auch darum, die Nachfrage, also den Konsum in den westlichen Staaten.

Colom nahm im Rahmen seines UNO-Besuchs auch an einer Sitzung des Sicherheitsrats teil, in dem Guatemala in den Jahren 2012 und 2013 Lateinamerikas und die Karibik vertreten wird.

Kritik in Guatemala löste jedoch seine Position in Bezug auf die Anerkennung Palästinas als Staat durch die Uno aus. Seit je gilt Israel als „ein Freund“ Guatemalas, wobei diese Freundschaft sich exemplarisch in der militärischen Unterstützung während des Bürgerkriegs ausdrückte. Noch am 15. September, kurz vor seiner Abreise nach New York, gab es keine offizielle Position in Sachen Anerkennung Palästinas. Vor der UNO-Generalversammlung plädierte Colom jedoch für die Anerkennung Palästinas – ebenso wie für die Aufhebung des US-Embargos gegen Kuba.

Kaum zurück in Guatemala schwächte er seine Position in Sachen Palästina wieder ab: Er wolle zuerst mit den beiden Präsidentschaftskandidaten Rücksprache halten, bevor er die endgültige Meinung Guatemalas in dieser Sache definieren werde. Schliesslich müsse die neue Regierung die Konsequenzen des entsprechenden Entscheides tragen.

Gut möglich, dass er damit die von Israel öffentlich angedrohten Kürzungen von Stipendien meinte, die im Falle einer Anerkennung Palästinas bevorstehen könnten. Einmal mehr und hoffentlich das letzte Mal zeigte sich Colom als das „Fähnchen im Wind“, das seine Regierungszeit geprägt hat.

Rückblick auf vier Jahre Arbeit der CICIG

Guatemala, Okt. 2011. Im September 2011 feierte die *Internationale Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala* (CICIG) ihr vierjähriges Bestehen und ihren ebenso langen Kampf gegen das organisierte Verbrechen und die Straflosigkeit. Dazu brachte sie einen Evaluierungsbericht heraus, der eine durchaus positive Bilanz zieht. Während der vier Jahre schafften es viele wichtige Fälle bis vor Gericht und endeten meistens sogar mit Gerichtsurteilen. Gleichzeitig versuchte die CICIG, die Institutionen Guatemalas wie die Staatsanwaltschaft (MP) oder die Nationale Zivilpolizei (PNC) zu stärken und Gesetzesreformen voranzutreiben. Die Erfolge der CICIG verhalfen zu einer erneuten Verlängerung ihres Mandats für zwei Jahre (bis September 2013).

Der Chef und Leiter der fünf Abteilungen der CICIG, Francisco Javier Dall'Anese Ruiz (nach dem Rücktritt von Carlos Castresana), steht insgesamt 207 Personen vor, welche aus 23 verschiedenen Ländern stammen, Guatemala eingeschlossen. Der Bericht der CICIG hebt ausserdem die relativ gute Geschlechtergleichstellung (61% Männer und 39% Frauen in den meisten Abteilungen) hervor.

Was die Zusammenarbeit mit den guatemalteckischen Institutionen betrifft, so sind die Verbindungen mit der MP und der Generalstaatsanwältin Claudia Paz y Paz Bailey sehr gut. Die Verbindung mit dem Justizsektor andererseits ist weniger positiv, da die CICIG das Verhalten verschiedener RichterInnen angeklagt hatte, deren Urteile die Straflosigkeit in wichtigen Fällen aufrecht erhielt. Konkret hat die CICIG im letzten Jahr 201 Anzeigen entgegengenommen, von denen sie bis dato in 62 Fällen ermittelt und in zwanzig weiteren als Nebenklägerin auftritt. Ebenfalls zu den Erfolgen der CICIG kann man die Verurteilungen in sechs Fällen zählen

(betreffend die Ausschreitungen zwischen illegalen bewaffneten Gruppen im März 2009 in Zacapa, die Geldhinterziehung von Ex-Präsident Alfonso Portillo, den Tod des ehemaligen Beraters des Regierungsministeriums Víctor Rivera, die Ermordung des Geschäftsmanns Khalil Musa und seiner Tochter und die aussergerichtlichen Hinrichtungen durch eine kriminelle Vereinigung mit Beteiligung der PNC).

Des Weiteren verfolgt die CICIG einen Plan der institutionellen Stärkung der PNC und der MP – anhand von spezialisierten Einheiten, einem verbesserten ZeugInnenchutzprogramm und verbesserten Ermittlungsmethoden. Dies schliesst Fortbildungen von MitarbeiterInnen der MP und der PNC ein, das Führen gemeinsamer Ermittlungen und eine erweiterte Zusammenarbeit zwischen CICIG, MP und PNC im allgemeinen. Ebenfalls Arbeitsschwerpunkt sind die Verbrechen im Zusammenhang mit Personenhandel, Femizid und Gewalt gegen Frauen.

Bezüglich der Gesetzesreformvorschläge der CICIG ist anzumerken, dass seit 2009 kein einziger umgesetzt oder vom Kongress verabschiedet wurde. Allerdings wurden andere Initiativen, die von der CICIG unterstützt werden, umgesetzt, z.B. das Gesetz über die Regulierung von Privatsicherheitsfirmen.

Die CICIG steht weiterhin vor der Herausforderung, den Reformierungsprozess der Staatsanwaltschaft zu Ende zu bringen. Seit Anfangs 2011 unter der Leitung von Claudia Paz y Paz hat die MP vermehrt Erfolge bei Ermittlungen und Strafverfolgungen aufgewiesen. Letztere sind vor allem in Bezug auf wichtige Fälle im Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen während den Zeiten des bewaffneten Konfliktes und im Zusammenhang mit Drogenhandel nennenswert. In diesem Sinne wird die CICIG ihre Ermittlungen gegen illegale und kriminelle Organisationen fortführen und Transparenz und Unabhängigkeit der Justiz fordern, was unabdingbare Voraussetzungen sind, um der Straflosigkeit Einhalt zu gebieten.

Frauenmordrate weiter steigend

Guatemala, 07. Okt. Die *Gruppe gegenseitigen Unterstützung* (GAM) präsentierte ihren Bericht über Gewalt und Menschenrechte des Monats September, der sich hauptsächlich auf Pressemeldungen stützt. Daraus geht hervor, dass die allgemeine Mordrate geringer ist, die Rate von Morden an Frauen aber anstieg, ohne dass gleichzeitig wirklich mehr Verhaftungen vorgenommen wurden.

Im Jahresvergleich war 2009 gewaltreicher als 2011 (mit jeweils 401 und 359 Morden im Zeitraum Januar-September), 2010 liegt mit 332 Ermordungen dazwischen. Dabei konnte man aber feststellen, dass die Grausamkeit und der Hass der Verbrechen dieses Jahres grösser und blutiger sind als in den vergangenen Jahren – Tortur und Verstümmelung, die sonst nur in Kriegsgebieten vorkommen, stellen oft genutzte Praktiken dar.

Gemäss der GAM liegt ein Grund der brutalen Gewalt darin, dass die Regierung mehr improvisiert als wirklich handelt, da sie mit ständigen Personalwechseln in der PNC und dem Regierungsministerium beschäftigt ist. Obwohl die generelle Gewalt rate gesunken ist, bleiben die Verbrechen gegen Frauen diejenigen, in denen am wenigsten ermittelt wird. Dort findet man fast 100% Straflosigkeit vor. Es werden keine Täter festgenommen und man besitzt keine Informationen über mögliche Verdächtige. Oft werden dann Jugendbanden als Verantwortliche vorgeschoben oder die Opfer selbst als Teil von kriminellen Strukturen dargestellt. Allerdings, so der Bericht der GAM weiter, weiss man, dass 54 der 395 ermordeten Frauen dieses Jahres bei Massakern ums Leben kamen, 27 mit Spuren von Folter gefunden wurden und 22 zerstückelt.

Die gesamte Regierungszeit Álvaro Coloms betrachtend, zählt man gemäss Angaben verschiedener Menschenrechtsorganisationen rund 24'000 Morde.

Seine Amtszeit ist ebenfalls von einer strukturellen Schwächung der PNC gezeichnet, was für die Sicherheit der BürgerInnen sicherlich nicht hilfreich ist. Die GAM kristallisierte in einem Pressebericht vom 4. Oktober heraus, dass die Regierung wenig zur Reformierung der PNC beigetragen hat. Beweise darin lägen in der Budgetierung der PNC und ihrer Ausbildungsakademie. Statt die PNC zu stärken und damit die Sicherheit der BürgerInnen zu verbessern, sei sie eher geschwächt worden. So wurde der PNC das Budget von 46'699'825 Quetzales auf 17'915'655 Quetzales gekürzt, ebenso wie ihre Akademie jetzt nur noch mit 3'000'000 Quetzales rechnen darf, 7'800'000 Quetzales weniger als ursprünglich gedacht. Da die Ausbildung zukünftiger BeamtenInnen essenziell für der Reformierung der PNC ist, sollte solch eine Kürzung zumindest ausreichend begründet werden, vor allem in Anbetracht der hohen Gewalt rate in Guatemala.

Kultur der Resignation – oder gibt es doch Hoffnungen?

Guatemala, 27. Sept. (Marcelo Clussi in albedrio.org, gekürzt). Es hat in der letzten Zeit viele Analysen zu den Wahlen in Guatemala gegeben. Eine besonders wichtige hat der Mexikaner Juan Gaudenzi in einem Interview vorgelegt. Zitieren wir ihn zu Anfang direkt:

"Warum geht in einem Land mit einer indigenen Mehrheit von 60 % die Wählerschaft in grosser Zahl zur Urne, um auszuwählen zwischen rechten Weissen (Rassisten, Diskriminierern, vom Volk Abgekoppelten)? Dieses Verhalten entspricht demjenigen des Proletariats, das sich regelmässig seinen kapitalistischen Ausbeuter wählt, der ihm dann alles fortnehmen wird. Warum bekommt die einzige indigene Kandidatin (der Linken) gerade mal

3 % der Stimmen? Warum glauben die indigenen GuatematekInnen nicht, dass jemand von ihrem eigenen Blute und aus ihrer eigenen Kultur sie regieren könnte wie z. B. in Bolivien? An welchem Punkt ist die Entfremdung der eingeborenen Bevölkerung gelangt, dass sie ihr Selbstvertrauen gänzlich verloren hat! Es ist die Herkulesaufgabe der hiesigen Linken, dazu beizutragen, dass eben dieses Selbstbewusstsein wieder erlangt wird. Allerdings bin ich nicht der Auffassung, dass das Ende des Krieges (nur) positiv war. Abgesehen von all den Grausamkeiten, die begangen wurden, hatten die Menschen damals doch wenigstens einen Funken Hoffnung."

Diese Überlegungen eröffnen eine Debatte, die alle lateinamerikanischen Länder betrifft. Es geht nicht nur darum, dass die indigenen Völker das Vertrauen in ihre eigenen indigenen Forderungen zurückerlangen, sondern dass die grossen Mehrheiten der Bevölkerung das Vertrauen haben, dass sich etwas ändern kann. Provokativ gesagt: es scheint heute aus der Mode gekommen zu sein, über den sozialen Wandel zu reden. Warum? Ohne Zweifel stellen sich in Bezug auf das Abschneiden der Frente Amplio mit der Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú als Präsidentschaftskandidatin viele Fragen. 3,27 % bei den Präsidentschaftswahlen, zwei von 158 Kongressabgeordneten, zwei von 333 BürgermeisterInnen, dies muss eine selbstkritische Reflexion der Linken auslösen: hat man bei diesen Wahlen tatsächlich die Möglichkeit gehabt, das Land strukturell zu verändern? Und falls ja, wie? Wurden dadurch Kräfte für einen Wechsel dazugewonnen oder verloren? Lohnt sich die Arbeit, sich in die Strukturen dieser formalen Demokratie einzubinden oder (um Gaudenzi zu zitieren) bestehen die Hoffnungen einzig im bewaffneten Kampf?

Die Ex-Guerillas, die sich nun in politischen Parteien und in die Legalität eines demokratischen Systems begeben haben, hatten in den verschiedenen Ländern des Kontinents einiges Glück. Aber wo immer sie gewonnen haben – in Allianzen und mit Kandidaten von ausserhalb wie in El Salvador oder wenn wie in Nicaragua diejenigen, die mal die bewaffnete Bewegung waren, nun regieren und Chancen haben, wiedergewählt zu werden –, haben ihre Forderungen nichts mehr mit den revolutionären Transformationen zu tun, für die sie zuvor gekämpft haben. Und auch wenn manche zumindest teilweise an ihren Idealen und strategischen Projekten festhalten, so sind diese in den offiziellen Regierungsprogrammen verschwunden. Ist damit auch das Ideal der Revolution verschwunden?

Man könnte soweit gehen zu sagen, dass die aktuelle Regierung Guatemalas mit Álvaro Colom an der Spitze ein sozialdemokratisches Profil hat oder zumindest vorgibt zu haben. Erinnerung seien die Anfechtungen durch die traditionelle Rechte, den virtuellen Staatsstreich (Fall Rosenberg) oder die Auseinandersetzungen um die Zulassung von Sandra Torres zur Präsidentschaftswahl. Aber abgesehen von diesen widersinnigen Reaktionen der traditionellen, noch immer stramm antikommunistischen Rechten hat keines der Projekte dieser Linken weder substantielle Änderungen an der Lage der Bevölkerung erreicht noch Aktivitäten oder Mobilisierungen bewirkt, welche bei der Bevölkerung Forderungen nach Änderungen hervorrufen. Wohin also steuert die Linke? Was ist mit den Idealen des Wandels passiert? Warum wollen heute die Linken unbedingt an Wahlen teilnehmen? Reichen die Ideale einer revolutionären Veränderung nicht mehr?

Die Wucht der dominanten Ideologie, der hegemonialen Medien und der meinungsbildenden akademischen Kreise hat die Begriffe Revolution und Klassenkampf aus dem Wörterbuch der Linken getilgt. Der Wunsch nach einer Demokratie (einer formalen, repräsentativen Demokratie, in der alle paar Jahre gewählt wird, wo sich aber substantiell nichts ändert) gilt als höchstes Ziel. Wie soll man das verstehen? Die Prügel, die die lateinamerikanische Linke in den letzten Dekaden verschiedentlich von der Rechten bezogen hat (Militärrepression), und die Schläge, die das Volk auf ökonomischer Ebene durch den Raubtierkapitalismus (euphemistisch als Neoliberalismus bezeichnet) erlitten hat, sind der Schlüssel zum Verständnis. Auf dem von den vergangenen Diktaturen praktizierten Morden, Foltern und Verschwindenlassen wurde eine Politik der Abschöpfung und der totalen Ausbeutung errichtet, die auch bei den aktuell amtierenden Linksregierungen in Mode ist und weitergeführt wird. Ist es damit aus der Mode gekommen, eine zutiefst ungerechte Welt, in der wenige über das Leben von Millionen entscheiden, verändern zu wollen? Sicher nicht, aber der Geist des Protestes, der Ruf nach einer systemverändernden Rebellion wird immer leiser. Guatemala hat mit den 245.000 Opfern während des Bürgerkriegs (blutiger Ausdruck für den Klassenkampf, der bis heute nicht verschwunden ist!) den wenig ehrenvollen Titel des Landes mit der höchsten Zahl an Verschwundenen pro EinwohnerInnen erlangt. Wenn man den täglichen "virtuellen" Krieg der kriminellen Banden hinzu nimmt, der kaum weniger Tote fordert als der Bürgerkrieg, bewirkt dieser Terror bei der Bevölkerung den Glauben, dass nur eine "harte Hand" eine Lösung bringen kann. Allerdings muss man berücksichtigen dass nur 36 % der Stimmberechtigten diese Option gewählt haben, sehr viel weniger als es die Umfragen zuvor suggeriert hatten.

Im Hinblick auf die zweite Runde müsste man fast hoffen, dass die Forderung nach einem (nebst 13. und Gratifikation) 15. Monatslohn, die der Kandidat Manuel Baldizón vorbrachte, seine Wahloptionen erhöhen und die Chance auf einen Triumph des Ex-Militärs Otto Pérez Molina etwas mindert. Womöglich drückt die Last der allgemeinen Armut mehr als die Angst vor dem Verbrechen, dieses Phantom, das durch die Medien und die Patriotische Partei bis zum Erbrechen verbreitet wird. Nach einer Umfrage, welche die Vereinten Nationen vor ein paar Jahren in ganz Lateinamerika gemacht hat, zieht die Bevölkerungsmehrheit eine Regierung vor, die die wirtschaftliche Lage sichert, selbst wenn sie dabei im Gegenzug demokratische Rechte verlieren sollten. Die staatliche Grundversorgung ist wichtig, und kaum jemand glaubt daran, dass die sog. Demokratie diese alltäglichen Probleme lösen kann..

Muss man daraus folgern, dass die Leute nach rechts abdriften? HegelianerInnen würden sagen, dass der Sklave eben mit dem Kopf seines Herrn denkt. Das bedeutet aber nicht, dass es in der Geschichte nicht vorkommen kann, dass SklavInnen auch mal rebellieren. Was anderes war es, wenn nur 36 % für die PP gestimmt haben, die doch schon quasi als Siegerin der ersten Runde apostrophiert wurde? Trotz des Terrors während der 36 Jahre Bürgerkrieg und trotz der heutigen alltäglichen Gewalt, die alle Bereiche des Lebens heimsucht, hat die Bevölkerung reagiert. Das bedeutet nicht, dass in der zweiten Runde am 6. November ein die Gesellschaft verändernder Forderungskatalog eingeführt wird. Schliesslich repräsentieren die beiden verbliebenen Kandidaten die gleichen rechten Kräfte und sind für die grosse Bevölkerungsmehrheit keine wirklichen Alternative. Aber trotzdem haben die Leute sich gegen die Maschinerie der ultrakonservativen Rechten gewandt.

Natürlich müssen wir uns fragen, wie es sein kann, dass das lateinamerikanische Land mit dem höchsten Anteil an indigener Bevölkerung nicht für eine Kandidatin aus der Volksgruppe der Maya-Quiché stimmt, wie es Bolivien zweimal mit dem Aymara Evo Morales getan hat. Es ist nicht leicht, eine Antwort zu finden. Aber einmal mehr: die formale Demokratie, die "Demokratie niedriger Intensität" ist kein wirklicher Ausweg aus den realen Problemen der Mehrheit der Bevölkerung. Erinnern wir uns an die Umfrage der UN. Aus diesem Grund ist es möglich, dass die indigene Bevölkerung diese Weissen wählt, darunter sogar einen, der mit der Repression gegen den Widerstand der vergangenen Jahre eng verbunden ist. Aber dieses Phänomen (Stockholm-Syndrom), das sich zu verschiedenen Zeiten an verschiedenen Orten wiederholt, ist nicht neues in der Psychologie der Kollektive. Es handelt sich nicht um Dummheit der Leute, sondern um komplexe Prozesse, in denen sich provozierte Angst, der Wunsch, zu den SiegerInnen zu gehören, die Manipulation des Bewusstseins und Bauchstatt Vernunftentscheidungen vermischen. Solche Prozesse sind eine verworrene Überschneidung der politischen und subjektiven Diskurse, die sich nur über Sozialpsychologie entziffern lassen.

Tatsache ist, dass Pérez Molina nicht gewonnen hat, und es auch nicht sicher ist, dass er es im zweiten Durchgang tut. Dass in Guatemala die indigene Kandidatin eine so geringe Akzeptanz hat, hat historische Gründe. Die indigene Bevölkerung des Landes wurde über Jahrhunderte aufgesplittert, ausgegrenzt und unterdrückt. Zugleich kann nicht behauptet werden, dass Rigoberta Menchú heute die einzige wahrhaftige Repräsentantin der Maya-Völker sei. Die Indígenas wissen das, und sicher spiegelt sich das im Wahlergebnis wider.

In diesem Zusammenhang ist ein Zitat von Pablo Dávalos interessant: *"Als die Indios in den 1990er Jahren auf der politischen Bühne erschienen, begann auch die Entwicklungszusammenarbeit. Die Kooperation hat die Solidaritätsbeziehungen erschüttert und Rivalitäten um Geldmittel zwischen den Gemeinden geschürt."*

Auch wurde die traditionelle Linke in lateinamerikanischen Ländern mit hohem Indígena-Anteil im Allgemeinen von einer europäisierten Weltsicht oder von orthodoxem Marxismus inspiriert. Ausnahmen sind die Intellektuellen José Mariátegui in Peru oder Carlos Guzmán Böckler in Guatemala, die neue Interpretationen der indigenen Frage vorgeschlagen haben, zwar immer noch marxistisch, aber mit einem anderen Verständnis für diese Phänomene. Die anderen aber haben sich vielfach geweigert, theoretisch wie praktisch die Tatsache einer "politischen Mobilisierung der Indígenas" als eigenständige Einheit zu akzeptieren. Zugleich haben sie politische Aktivitäten von Indígenas immer nur in der Logik des ArbeiterInnenkampfes angesehen. Das "indigene Problem" war für die Linke eben genau das: ein Problem. Es kam in der Theorie nicht vor, höchstens als ein Hindernis auf dem Weg zu einer proletarischen Revolution. Hat der Klassenkampf seine Attraktivität verloren oder wurde das Thema aus anderen Gründen aus den Diskursen verbannt? Die 245.000 Opfer des Bürgerkrieges in Guatemala: sind sie nicht Opfer des Klassenkampfes? In diesem Kontext ist es angebracht, an die Deklaration von Quito vom Juli 1990 zu erinnern: *"Die indigenen Völker haben neben ihren eigenen Problemen auch noch jene, die sie gemeinsam mit anderen Klassen und Bevölkerungsgruppen teilen: Armut, Marginalisierung, Diskriminierung, Unterdrückung und Ausbeutung, alles Produkte der neokolonialen Herrschaft des Imperialismus und der herrschenden Klassen jedes Landes."* Ohne Zweifel ist die Linke in der Krise, nicht nur in Guatemala. Revolutionäre Ideen spielen in der alltäglichen politischen Praxis kaum eine Rolle. Schlimmer noch: die Linke hat auch ihre Glaubwürdigkeit verloren.

Aber die sozialen Bewegungen (der indigenen Völker, der städtischen Arbeitslosen, der Frauengruppen, der Piqueteros, der Landlosen, der Jugendlichen ohne Zukunft, der ausgeschlossenen Menschen), die vielleicht nicht alle als links im strengen Sinne angesehen werden, leben weiter und kämpfen. Wenn in Bolivien heute ein Indígena regiert, dann weil diese Volksbewegungen Evo Morales die Präsidentschaft erkämpften.

Warum passiert das in Guatemala nicht? Weil die Situationen unterschiedlich sind. Es steht ausser Zweifel, dass die Forderungen der Linken nicht ausreichen. Zugleich aber brodelt die Unzufriedenheit wie ein Vulkan, der bereit ist, auszubrechen. Wird der Weg zu einer Transformation über die sozialen Bewegungen gehen? Sehr wahrscheinlich. Das heisst nicht, dass diese die magische Lampe haben, aber ohne Zweifel können sie Debatten eröffnen. Wichtig ist, die Hoffnung zurückzuholen. Ob diese Hoffnung aus den Gewehrkugeln geboren wird oder aus den Basisgruppen, muss diskutiert werden. Heute sind die bewaffneten Gruppen nicht im Wachstum begriffen, aber nichts sagt uns, dass sie nicht vielleicht zurückkehren. Alles ist offen, und es soll auch kein bewaffneter Kampf herbeigerufen werden. Aber die politische Realität zeigt uns, dass es möglich ist. Klar ist jedoch, dass die Forderungen der Linken bei Wahlen nicht ausreichen, um die Probleme Lateinamerikas von der Wurzel her anzugehen. Der Portugiese de Souza Santos sagte: *"Die grösste Bedrohung (der Hegemonialstrategie der USA und des lokalen Grosskapitals) geht von jenen aus, die ihre traditionellen*

Landrechte in jenen Gebieten einfordern, in denen sich Ressourcen befinden (Biodiversität, Süßwasser, Öl, Mineralien), also von den indigenen Völkern".

Dass in der zweiten Wahlrunde in Guatemala am 6. November die Bevölkerungsmehrheit der Maya gemeinsam mit armen MestizInnen aus den städtischen Regionen und im Osten sich zwischen zwei Kandidaten entscheiden muss, die sie nicht im Geringsten repräsentieren (können), bedeutet nicht, dass die Leute "nach rechts driften", dumm sind und kein politisches Bewusstsein haben. Vielmehr zeigt es, dass der Diskurs über Veränderungen von der Rechten besetzt worden ist. Aber die Probleme sind da, und die Bevölkerung wird weiterhin Widerstand leisten, überall und täglich. Die grosse Frage für die Linke ist, wie Vertrauen geweckt werden kann, damit ein Wandel möglich ist? Wie kann man Fahnen hissen gegen die Resignation?

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Barbara Müller – barbara-m@bluewin.ch

Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com

Erscheint vierzehntäglich

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht

Herausgegeben von

Schweiz:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Deutschland und Österreich:

Solidarität mit Guatemala e.V.

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Abos:

¡Fijáte!

Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

barbara-m@bluewin.ch

E-Mail-Abo: Fr. 85.-

¡Fijáte!

Christian Hagmann

Am Bahnhof 6

78315 Radolfzell

fijate@web.de

E-Mail-Abo: Euro 50.-